

**N i e d e r s c h r i f t**  
**über den öffentlichen Teil der 20. Sitzung**  
**des Petitionsausschusses**  
**am 3. April 2024**  
**Hannover, Landtagsgebäude**

Tagesordnung:

**Eingaben** 03521/89/18, 00455/89/19

**Anwesend:**

## Ausschussmitglieder:

1. Abg. Rüdiger Kauroff (SPD), Vorsitzender
2. Abg. Marten Gäde (SPD)
3. Abg. Antonia Hillberg (SPD)
4. Abg. Jan Henner Putzier (SPD)
5. Abg. Julia Retzlaff (SPD)
6. Abg. Ulrich Watermann (i. V. d. Abg. Annette Schütze) (SPD)
7. Abg. Jan Bauer (CDU)
8. Abg. Veronika Bode (CDU)
9. Abg. Saskia Buschmann (CDU)
10. Abg. Oliver Schatta (i. V. d. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz) (CDU)
11. Abg. Christian Frölich (CDU)
12. Abg. Nicolas Breer (GRÜNE)
13. Abg. Dr. Andreas Hoffmann (bis 14.30 Uhr), Abg. Pippa Schneider (ab. 14.30 Uhr) (i. V. d. Abg. Djenabou Diallo-Hartmann) (GRÜNE)
14. Abg. Abg. Holger Kühnlenz (AfD)

## Von der Landtagsverwaltung:

Ministerialrätin Obst,  
Regierungsoberamtsrat Gutzler.

## Niederschrift:

Regierungsrätin Dr. Schütze, Stenografischer Dienst.

**Sitzungsdauer:** 14.04 Uhr bis 14.17 Uhr.

Tagesordnung:

### **Eingabe 03521/89/18**

*Betr. Einführung einer Klassenassistenz an allen niedersächsischen Grundschulen*

Abg. **Julia Retzlaff** (SPD): Ich möchte gerne für die Koalitionsfraktionen die Gelegenheit nutzen, unser Votum „Material“ zu begründen. Zunächst einmal möchte ich mich für den konstruktiven Austausch und die Beratungen hier im Ausschuss herzlich bedanken. Und ich möchte auch den Petenten herzlich für die Petition danken, weil sie die politische Diskussion um den Einsatz von Klassenassistenzen in Grundschulen, wie sie auch in mehreren Pilotprojekten in Niedersachsen getestet werden, noch einmal unterstützt hat. Dafür also vielen Dank!

Wir haben die Entscheidungsfindung für diese Petition sorgfältig vorbereitet. Ich denke, das zeigt auch der Beratungszeitraum, den diese Petition mittlerweile in Anspruch genommen hat. Es ist aber in der Zwischenzeit auch viel passiert. Und wir haben es uns auch nicht leicht gemacht, ein Votum zu fällen. Ich denke, das gilt auch für die CDU-Fraktion, die ihr Votum im Dezember abgegeben hat - und wir dann dementsprechend Anfang Januar.

Vorangegangen sind für die Koalitionsfraktionen ausführliche Beratungen und Informationen über verschiedene in der Begründung der Petition genannte niedersächsische Pilotprojekte und ein Austausch mit Trägern. Auch hier im Ausschuss war im Rahmen der Öffentlichen Anhörung das konkret in der Petition referenzierte Projekt der Klassenassistenz an der Grundschule am Lerchenberg in Wesendorf Thema.

Wie auch in der Petition beschrieben, sehen wir die Modelle der Klassenassistenzen, die als Pooling von Leistungen der Schulassistenz nach SGB IX und VIII und teilweise weiteren kommunalen Finanzhilfen und Mitteln aus den Schulbudgets finanziert werden und die auf einer engen Verzahnung zwischen Kommunen, Trägern der Eingliederungshilfe und Schule beruhen, als wirksames Mittel, um ein lernförderliches Miteinander in den Klassen zu unterstützen und zu fördern und damit auch einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen der Inklusion an Grundschulen zu bringen.

Die eigentliche Forderung der Petition geht dann aber über die Pool-Modelle hinaus und bezieht sich auf die Einrichtung von systemischen Klassenassistenzen durch von im Schuldienst fest angestellten Personen. Wir sehen die Wichtigkeit dieses Themas und wollen tragbare Lösungen in der Weiterentwicklung der inklusiven Schule finden. Dabei wollen wir ausdrücklich das in der Einleitung der Petition formulierte Anliegen, dass Kultusministerium, Sozialministerium, Schule und Jugendamt als Verantwortungsgemeinschaft agieren, unterstützen.

Aber der Weg dahin ist aus unserer Sicht für die - Stand: Oktober 2022 - in Niedersachsen vorhandenen 1 650 öffentlichen Grundschulen mit rund 15 300 Klassen nicht mit einer mindestens ebenso hohen Zahl von fest angestellten Kräften im Schuldienst zu bewerkstelligen. Dabei müssen wir allerdings auch sagen, dass seitens der Landesregierung der Ausbau Multiprofessioneller Teams an Schulen ausdrücklich erfolgt und der Einsatz weiterer pädagogischer Fachkräfte ermöglicht wird.

Unser Ansatz ist, den Ausbau von Modellen der Klassenassistenzen nach den laufenden Pooling-Modellen nach SGB IX und VIII zu unterstützen und genau die in den Pilotprojekten oftmals sehr

erfolgreich gelaufene Verzahnung zwischen Schule und Jugend- und Eingliederungshilfe zu fördern. Hierzu laufen mittlerweile enge Abstimmungen zwischen dem Sozial- und dem Kultusministerium. Um das Pooling von Schulassistenzen in Niedersachsen zu befördern, ist beispielsweise ein Fachtag von Land und Kommunen geplant. Zu beteiligende Akteure sind die öffentlichen Träger der Eingliederungshilfe und örtliche Praktiker\*innen.

Im Januar und im Februar haben hierzu bereits Gespräche zwischen dem Kultusministerium, dem Sozialministerium, dem Niedersächsischen Städtetag, dem Landkreistag und dem Städte- und Gemeindebund sowie kommunalen Praktiker\*innen stattgefunden. Ein weiteres Gespräch zu diesem Thema wird noch im April stattfinden. Deshalb lautet unser Votum für die Petition „Material“.

Abg. **Christian Frölich** (CDU): Frau Retzlaff, vielen Dank für Ihre umfängliche Stellungnahme, der wir in weiten Teilen zustimmen. Allerdings vertreten wir eine andere Meinung bezüglich des Votums. Wir sind der Meinung, der Landesregierung mit unserem Votum deutlich machen zu müssen, welche Bedarfe aktuell in den Grundschulen existieren. Wer sich in seinem Wahlkreis mit dem Thema Grundschulen beschäftigt, der wird von den Schulleitungen die Rückmeldung erhalten, dass die Grundschule mittlerweile sozusagen die kleinste Form der Gesamtschule ist. Die Zusammensetzungen der Klassen sind mit Blick auf Inklusion und Integration sehr herausfordernd. Deshalb muss hier dringend nachgebessert werden. Die systemische Klassenassistenz betrachten wir hier als den richtigen Ansatz; das hat das vierjährige Pilotprojekt belegt. Aus diesem Grund plädieren wir für das Votum „Erwägung“, um der Landesregierung damit deutlich zu machen, welche Dringlichkeit in diesem Bereich besteht.

Abg. **Veronika Bode** (CDU): Frau Retzlaff, vielen Dank dafür, dass die Petition heute auf der Tagesordnung steht und wir eine Entscheidung treffen können. Im Januar haben Sie darum gebeten, die Petition von der Tagesordnung zu nehmen, und ihr ursprüngliches Votum „Material“ wieder zurückgezogen. Die Begründung war, dass es neue Erkenntnisse gebe, die aber noch nicht spruchreif seien. Nun sind noch einmal drei Monate ins Land gezogen, und es gibt offensichtlich noch immer keine spruchreifen Ergebnisse. Das finde ich etwas enttäuschend, weil ich das Thema für sehr wichtig halte. Ich glaube, die Petenten hatten ursprünglich das Ziel, dass bereits zum Beginn des letzten Schuljahres in diesem Bereich etwas passieren könnte. Jetzt wird es möglicherweise auch für das kommende Schuljahr noch schwierig. Ich hoffe, dass wir mit unserem - vermutlich strittigen - Votum in diesem Ausschuss etwas Schwung in die Sache bringen.

Abg. **Julia Retzlaff** (SPD): Ich habe ja erwähnt, dass die Abstimmung zwischen dem MS und dem MK zwischenzeitlich an Fahrt aufgenommen hat. Das ließ sich im Januar noch nicht 100-prozentig sagen. Deshalb haben wir damals darum gebeten, die Beratung zu vertagen. Auch wenn vielleicht nicht alle Forderungen in der Petition erfüllt werden können, geht es doch zumindest in die richtige Richtung. Und es betrifft auch die Pilotprojekte, auf die sich die Petition bezieht. Deshalb wollten wir dies dem Votum beifügen, um deutlich zu machen, dass die Petition nicht einfach „verpufft“, sondern ein wichtiger Beitrag ist. Das habe ich vorhin ja schon betont.

In diesem Zusammenhang muss ich allerdings auch festhalten, dass das Votum der CDU-Fraktion zu Beginn des letzten Schuljahres ebenfalls noch nicht vorlag. Ihr Votum erfolgte im Dezember, und unseres im Januar - und nun verzögert im April.

Der **Ausschuss** lehnt den Vorschlag der CDU-Fraktion, die Eingabe mit dem Votum „Erwägung“ zu beschließen, gegen die Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der CDU-Fraktion und des Vertreters der AfD-Fraktion ab.

Er empfiehlt dem Landtag folgenden Beschluss:

Die Eingabe wird der Landesregierung als Material überwiesen.

*Zustimmung: SPD, GRÜNE*

*Ablehnung: CDU*

*Enthaltung: AfD*

*Information des Petitionsausschusses über den Sachstand (Frist nach § 51 Abs. 5 GO LT)*

### **Eingabe 00455/89/19**

*Daniel Sanders, Wiefelstede*

*Betr. Festlegung von Zugangsbeschränkungen zu Studiengängen durch vorherige Absolvierung einer Berufsausbildung*

Der **Ausschuss** kommt auf Bitten der SPD-Fraktion überein, die Beratung der Eingabe zu vertagen.

\*\*\*